

Stalinismus: legitimer Erbe des Bolschewismus?

Die Politik der Bolschewiki und die Diktatur ihrer Partei im Bürgerkrieg

Jürgen Roth, *Revolutionärer Marxismus* 49, März 2017

Bei der Untersuchung der Fragestellung, inwieweit die Politik der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) [KPR (B)] zur Entstehung des Stalinismus beigetragen hat, befassen wir uns im folgenden Artikel mit Ereignissen nach der Machtergreifung bis zum Frühjahr und dem Ende des Bürgerkrieges 1920. In einer geplanten Fortsetzung wollen wir uns weiter auseinandersetzen mit der Politik der Bolschewiki gegenüber dem Kronstädter Aufstand unmittelbar vor Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“, ihren Vorstellungen zum Aufbau der Wirtschaft und der Arbeitsorganisation in den Betrieben sowie ausloten, bis zu welchem Grad die Partei mit grundlegenden Konzeptionen der II. Internationale gebrochen hatte. Ferner soll der Unterschied zur herrschenden Politik unter Stalin herausgearbeitet werden.

Zuerst wollen wir uns dem Thema zuwenden, welches Verständnis von Geschichte für eine solche Analyse Vorbedingung ist. Dieses zeichnen wir am Beispiel der Trotzki'schen Schrift *„Bolschewismus und Stalinismus“* nach.

Der methodische Ausgangspunkt

Am 28. August 1937 verfasste Leo Trotzki die Polemik *„Bolschewismus und Stalinismus“*. (1) Reaktionäre Perioden wie die damalige (Niederlagen in Deutschland und Österreich, Moskauer Prozesse...) führen RevolutionärInnen dazu, die Erfahrungen aus Niederlagen und Rückschlägen zu verarbeiten, bei gleichzeitigem Festhalten an der revolutionären Doktrin. Andererseits begeben sich auch viele Linke unter dem deprimierenden Eindruck der Ereignisse auf die Suche nach „Neuem“. Manche geben zugleich den Glauben an Marxismus und Revolution gänzlich auf. So auch der von Trotzki kritisierte ehemalige Kommunist Willy Schlamm (später als William S. Schlamm konservativ-bürgerlicher Journalist):

„Aber da die Oktoberrevolution im gegenwärtigen Stadium zum Triumph der Bürokratie geführt hat,(...)so sind viele formale und oberflächliche Geister zu der summarischen Schlussfolgerung geneigt: Man kann nicht den Stalinismus bekämpfen, ohne auf den Bolschewismus zu verzichten(...)Der zum Stalinismus entartete Bolschewismus ist selbst aus dem Marxismus entstanden – man kann folglich nicht den Stalinismus bekämpfen und dabei auf den Grundlagen des Marxismus bleiben. Die weniger Konsequenzen, aber Zahlreicheren sagen hingegen: „Man muß vom Bolschewismus zum Marxismus zurückkehren.““ (2)

Trotzki fragte darauf rhetorisch: Zu welchem Marxismus? Dem von Marx und Engels? Aber den haben die Bolschewiki gründlich studiert, ohne dass dies die Entartung des Sowjetstaates verhindert hätte.

Wir befassen uns im folgenden Beitrag mit den zahlreicheren „weniger Konsequenzen“ aus dem Artikel von Schlamm und folgen zunächst Trotzki's Ausführungen bei der Frage:

Ist der Bolschewismus für den Stalinismus verantwortlich?

Einig sei sich die gesamte Reaktion mit Stalins Behauptung und der der Menschewiki, AnarchistInnen und mancher Ultralinken, derzufolge der Stalinismus gesetzmäßige Frucht des Bolschewismus sei. Trotzki weist darauf hin, dass mit dieser Annahme eine stillschweigende Gleichsetzung von Bolschewismus, Oktoberrevolution und Sowjetunion unter der Hand vorgenommen werde. Der Bolschewismus sei lediglich eine eng mit der ArbeiterInnenklasse verknüpfte politische Strömung und noch nicht einmal mit dieser identisch. Zudem:

„Der von den Bolschewiki errichtete Staat spiegelt nicht nur das Denken und Wollen der Bolschewiki wider, sondern auch das Kulturniveau des Landes, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, den Druck der barbarischen Vergangenheit und des nicht weniger barbarischen Weltimperialismus. Den Entartungsprozess des Sowjetstaats als eine Evolution des reinen Bolschewismus darstellen, heißt, die soziale Wirklichkeit ignorieren namens eines einzigen durch die reine Logik von ihr abgesonderten Elements(...)Der Bolschewismus betrachte sich als einen Faktor der Geschichte, ihren ‚bewussten‘ Faktor – einen sehr bedeutenden, aber nicht entscheidenden – ‚historischen Subjektivismus‘ haben wir uns nie schuldig gemacht. Den entscheidenden Faktor auf dem gegebenen Fundament der Produktivkräfte sahen wir im Klassenkampf, dabei nicht bloß im nationalen, sondern im internationalen Maßstab(...)Mit der Herrschaft über den Staat besitzt die Partei allerdings die Möglichkeit, mit einer ihr bis dahin nicht zugänglichen Kraft auf die Entwicklung der Gesellschaft einzuwirken, dafür aber unterliegt sie auch selbst einer verzehnfachten Einwirkung von Seiten aller übrigen Elemente dieser Gesellschaft. Durch die direkten Schläge der feindlichen Kräfte kann sie von der Macht hinweggefegt werden. Bei langwierigen Entwicklungstempi kann sie, sich an der Macht haltend, innerlich entarten(...)Im Grunde sagen diese Herren: Schlecht ist die revolutionäre Partei, die nicht in sich die Garantie gegen ihre eigene Entartung enthält(...)Einen Talisman hat er [der Bolschewismus; d. Red.] nicht. Doch dieses Kriterium ist eben falsch. Das wissenschaftliche Denken verlangt eine konkrete Analyse: Wie und warum zersetzte sich die Partei?(...)Natürlich ist der Stalinismus aus dem Bolschewismus ‚erwachsen‘, aber nicht logisch erwachsen, sondern dialektisch: nicht als revolutionäre Bejahung, sondern als thermidorianische Verneinung.“ (3)

Die Bolschewiki waren der entscheidende Faktor, dass inmitten einer besonderen Kräftegruppierung im nationalen wie internationalen Rahmen das Proletariat zuerst im rückständigen Russland an die Macht gelangen konnte. Genau diese Kräftegruppierung ließ aber im Voraus und beizeiten die Bolschewiki erkennen, dass ein ArbeiterInnenstaat in Russland ohne einen baldigen Sieg des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern nicht standhalten, zuerst entarten und dann zerfallen werde. Lenin war dies bereits 1922 klar: Die Partei ist nicht der einzige und in großen geschichtlichen Maßstäben nicht der entscheidende Faktor. Geschichte werde von den Massen geprägt. Diese seien des langen Wartens auf die Weltrevolution, der Entbehrungen müde geworden, hätte den Mut verloren. Die Bürokratie habe die Oberhand bekommen, die proletarische Vorhut eingeschüchtert, die bolschewistische Partei usurpiert und den Marxismus verballhornt. Da alle anderen Parteien ausgeschaltet waren, mussten die entgegengesetzten Interessen verschiedener Bevölkerungsschichten sich in der herrschenden Staatspartei artikulieren. Diese erlitt im Laufe von anderthalb Jahrzehnten nach der Oktoberrevolution eine sehr viel gründlichere Entartung als die Sozialdemokratie in einem halben Jahrhundert. Bolschewismus und Stalinismus waren in den 1930er Jahren sogar physisch unvereinbar: die gesamte alte Generation der BolschewistInnen, ein großer Teil der mittleren, die bereits am Bürgerkrieg teilgenommen hatte, und die fortgeschrittensten Elemente unter der Jugend wurden mittels der Schauprozesse ausgerottet.

Staatssozialismus?

Für die AnarchistInnen liegt die Wurzel des Stalinismus nicht nur im Bolschewismus und Marxismus, sondern im „Staatssozialismus“. Bakunin wollte den Staat mit einem Streich durch die patriarchalische „Föderation der freien Gemeinden“ ersetzen. Die moderne Version lautet „Föderation der freien Räte“ oder so ähnlich. Trotzki räumt ein, dass der Staat als Zwangsapparat eine Quelle politischer und moralischer Verkommenheit darstelle, also auch der ArbeiterInnenstaat. Folglich sei auch der Stalinismus Produkt eines Gesellschaftszustandes, der die Zwangsjacke Staat noch nicht abgestreift habe. Doch diese Erkenntnis beziehe sich nur auf den allgemeinen Zustand der Menschheit, v. a. auf das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, trage aber zur Beurteilung von Marxismus und Bolschewismus nichts bei. Mit den AnarchistInnen wähnt er sich einig, dass die wahre menschliche Geschichte mit der Abschaffung des Staats beginnen werde. Doch wie dahinkommen? Wie die Beteiligung der Anarchisten an der spanischen Volksfrontregierung bewiesen habe, sei die anarchistische Doktrin dazu völlig außerstande.

„Die Marxisten sind sich mit den Anarchisten bezüglich des Endzieles, der Liquidierung des Staates, vollkommen einig. Der Marxismus bleibt ‚staatlich‘ nur, soweit die Liquidierung des Staates nicht vermittels der einfachen Ignorierung des Staates erreicht werden kann. Die Erfahrung des Stalinismus widerlegt nicht die Lehre des Marxismus, sondern bestätigt sie auf umgekehrte Weise. Die revolutionäre Doktrin, die das Proletariat lehrt, sich in einer Lage richtig zu orientieren und sie aktiv auszunutzen, enthält selbstverständlich keine automatische Siegesgarantie. Doch dafür ist der Sieg nur mit Hilfe dieser Doktrin möglich. Diesen Sieg darf man sich außerdem nicht als einmaligen Akt vorstellen(...)Aber wenn es nicht leicht ist, die Wirklichkeit des lebendigen historischen Prozesses zu verstehen, so ist es dagegen nicht schwer, den Wechsel seiner Wellen rationalistisch zu deuten, logisch den Stalinismus aus dem ‚Staatssozialismus‘, den Faschismus aus dem Marxismus, die Reaktion aus der Revolution, mit einem Wort, die Antithese aus der These herzuleiten. Auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, ist das anarchistische Denken der Gefangene des liberalen Rationalismus. Das echte revolutionäre Denken ist unmöglich ohne Dialektik.“ (4)

Die politischen Sündenfälle des Bolschewismus als Quelle des Stalinismus?

Für Ultralinke wie Gorter, Pannekoek und Souvarine u. a. ist klar: Lenin ersetzte die Diktatur des Proletariats durch die der Partei, Stalin die der Partei durch die ihrer Bürokratie. Sie sind ausschließlich mit der Suche nach den dem Bolschewismus innewohnenden Fehlern beschäftigt, die realen Bedingungen des historischen Prozesses interessieren sie nicht. Stalins Anbiederung an bürgerliche Demokratie und britische Gewerkschaftsbürokratie leiten sie aus der bolschewistischen Praxis ab, sich an den alten Gewerkschaften und am bürgerlichen Parlament zu beteiligen. Trotzki fragt dagegen, wie denn die ArbeiterInnenklasse anders an die Macht gelangen solle als in Person ihrer Avantgarde:

„In diesem Sinne sind die proletarische Revolution und die Diktatur Sache der gesamten Klasse, aber nicht anders als unter der Führung der Avantgarde. Die Sowjets sind nur die organisierte Form der Verbindung zwischen Avantgarde und Klasse. Dieser Form einen revolutionären Inhalt geben kann nur die Partei.“ (5)

Nach Meinung Trotzki's entsprang das Verbot der anderen Sowjetparteien nicht der Theorie des Bolschewismus, sondern war eine als vorübergehend gedachte Maßnahme zum Schutze der Diktatur in einem rückständigen, erschöpften, von Feinden umzingelten Land. Diese Situation habe es auch verunmöglicht, den AnarchistInnen gewisse Gebietsteile zu überlassen, wo sie im Einverständnis mit der dortigen Bevölkerung ihre Experimente an Staatenlosigkeit in der Praxis hätten erproben dürfen. Die Unterdrückung von Kronstadt 1921 und der Machno-Bewegung in der Ukraine rechtfertigt er ebenfalls mit dem Argument der Verteidigung der Diktatur unter Bedingungen der

Blockade, Belagerung und des Hungers. So habe die revolutionäre Regierung den aufständischen Matrosen der Ostseeflotte nicht eine die Hauptstadt abriegelnde Festung schenken können, nur weil sich dem Aufstand einige fragwürdige AnarchistInnen angeschlossen hätten.

„Unbestreitbar ist auch, dass die aus der Revolution erwachsene Bürokratie darin ein Zwangssystem in ihren Händen monopolisierte(...)Ganz ebenso verschließt das liberal-anarchistische Denken die Augen davor, dass die bolschewistische Revolution mit all ihren Unterdrückungsmaßnahmen eine Umwälzung der Sowjetgesellschaft im Interesse der Massen bedeutete, während Stalins thermidorianische Umwälzung der Sowjetgesellschaft im Interesse einer privilegierten Minderheit geschieht.“ (6)

Das vielleicht vernichtendste Urteil über die Stalinbürokratie fällt Trotzki auf dem Gebiet der Theorie. Die Stalin'sche Revision des Marxismus stehe der Bernstein'schen in nichts nach. Während dieser aber redlich versucht habe, die reformistische Praxis der Sozialdemokratie mit ihrem Programm unter einen Hut zu bringen, habe die Stalinbürokratie nicht nur nichts mit dem Marxismus gemein, sondern ihr sei überhaupt jede Doktrin, jedes System fremd. Ihre „Ideologie“ sei von Polizeisubjektivismus durchdrungen, die Usurpatorenkaste sei gemäß dem eigentlichen Wesen ihrer Interessen Feind der Theorie.

Trotzkis Methode der Geschichtsschreibung

Der Text ist von der dialektischen Methode des historischen Materialismus geprägt. Vor allem setzt er den subjektiven Faktor, das revolutionäre Klassenbewusstsein, Partei und deren Programm wie Handeln auf den ihr in der Geschichte gebührenden Platz. Dieses Moment sei in der Sozialdemokratie der II. Internationale völlig unterentwickelt gewesen. Revolution erschien ihr als objektives Moment eines automatischen Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems. Die Entwicklung nach der Oktoberrevolution konnte von daher nur so interpretiert werden, dass die Produktivkräfte Russlands für den Sprung zum Sozialismus nicht ausgereicht hätten, das Land eben für die ArbeiterInnenrevolution noch nicht reif sei.

Einerseits wird hier der Gradmesser der „Reife“ eines Systems national abgeleitet und nicht aus der Tatsache, dass der Weltmarkt auf Grundlage der großen Industrie, (nicht des Handelskapitals) weltumspannend hergestellt war. Dies war die historische Tat des höchsten Stadiums des Kapitalismus, des Imperialismus. Andererseits spielten in der Beurteilung der „Reife“ Organisationsgrad und Entwicklung des Klassenbewusstseins überhaupt keine Rolle. Mit Verweis auf Engels, der das Weitertreiben der Revolution von 1848 zur permanenten Revolution Jahre später für objektiv unmöglich erklärt hatte, suchte sie ihr Abwarten auf bessere Zeiten und entwickeltere Produktivkräfte zu rechtfertigen. Dabei hatte bereits Engels nicht allein auf den Fortschritt der Produktivkräfte nach 1848 unterm Kapitalismus verwiesen, sondern eben auch auf die wachsende Zahl und Organisation der LohnarbeiterInnenschaft. Zudem gibt es von ihm und Marx kein Wort der Kritik am Programm der Revolution in Permanenz des „Bundes der Kommunisten“, dem beide zur damaligen Zeit angehörten. Gleichfalls setzten sich beide enthusiastisch für die Pariser Kommune ein, obwohl ihnen bewusst war, dass in Frankreich zur damaligen Zeit das Proletariat nur in Paris die Mehrheit der Bevölkerung stellte. Das Scheitern der Kommune führten sie eben nicht hauptsächlich auf diesen objektiven Umstand zurück, sondern kritisierten deren Fehler, beschäftigten sich also mit der Entwicklung revolutionären Klassenbewusstseins, indem sie Kritik am damaligen Stand des Klassenbewusstseins übten.

Rosa Luxemburg schrieb in diesem Sinne bereits Anfang des letzten Jahrhunderts eine im Grunde vorweggenommene Antwort auf die Frage, ob die Oktoberrevolution „zu früh“ gekommen sei:

„Die sozialistische Umwälzung setzt einen langen und hartnäckigen Kampf voraus, wobei das

Proletariat allem Anscheine nach mehr als einmal zurückgeworfen wird, so dass es das erste Mal, vom Standpunkte des Endresultats des ganzen Kampfs gesprochen, notwendig ‚zu früh‘ ans Ruder gekommen sein wird(...)So stellen sich denn jene ‚verfrühten‘ Angriffe des Proletariats auf die politische Staatsgewalt selbst als wichtige geschichtliche Momente heraus, die auch den Zeitpunkt des endgültigen Sieges mitherverbeiführen und mitbestimmen. Von diesem Standpunkte erscheint die Vorstellung einer ‚verfrühten‘ Eroberung der Macht durch das arbeitende Volk als ein politischer Widersinn, der von einer mechanischen Entwicklung der Gesellschaft ausgeht und einen außerhalb und unabhängig vom Klassenkampf bestimmten Zeitpunkt für den Sieg des Klassenkampfes voraussetzt.“ (7)

Luxemburgs Kritik am mechanischen Geschichtsverständnis der klassischen Sozialdemokratie trifft ins Mark. Die II. Internationale hatte den marxistischen Satz „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein“ einseitig objektivistisch interpretiert in dem Sinn, dass das gesellschaftliche Sein ein unbewusstes, objektives, mechanisches sei. Schon im gesellschaftlichen Sein ist aber konstitutiv die Rolle der Arbeit, die natürlich ein subjektives praktisches Moment enthält: den arbeitenden Menschen!

Was dieser Satz aussagen will, ist vielmehr Folgendes: Das Bewusstsein ist Resultat der Arbeit, der Griff der Hand nach dem Arbeitsinstrument stiftet den Begriff, Denken, Sprache, ja Gesellschaft überhaupt, ermöglichen erst dem lebendigen gesellschaftlichen Individuum, sich zur Natur als Objekt zu verhalten. Aber die Vergesellschaftung durch Arbeit läuft über weite Strecken der Geschichte bis zum Kommunismus unbewusst, die Verhältnisse gestalten sich hinter dem Rücken der ProduzentInnen. Die Gedanken können nicht höher stehen als der Stand der Gesellschaft. Kategorien wie Wert, abstrakte Arbeit oder das freie Individuum sind erst mit dem Aufkommen des Kapitalismus denkbar (Realabstraktionen). Eine Gesellschaft kann nur mit einer neuen schwanger gehen, wenn sich deren Konturen im Leib der alten abzeichnen. Die Existenz des Proletariats ist so Voraussetzung für den wissenschaftlichen Sozialismus.

Um aber die Staatsmacht zu erobern, erst recht den Sozialismus zu erreichen, muss das Bewusstsein der Massen von dieser Idee durchdrungen sein. Zugleich muss diese die Form eines Programms, entsprechender Praxis und Organisation annehmen, um geschichtsträchtig wirken zu können. Alles muss eben auch durch den menschlichen Kopf gehen, Geschichte ist keine subjektlose Maschine: Die Menschen machen ihre Geschichte selber, wenn auch unter vorgefundenen Verhältnissen! Insbesondere für die LohnarbeiterInnenklasse sind ihr revolutionäres Klassenbewusstsein, ihre Überzeugung von ihrer historischen Mission und den damit zusammenhängenden Aufgaben und Notwendigkeiten die unablässige Vorbedingung für den Sturz des Kapitalismus schlechthin. In den Poren des Kapitalismus kann das Proletariat im Unterschied zu anderen Klassen in unterschiedlichen Produktionsweisen nämlich kein eigenes Produktionssystem etablieren, aber sehr wohl können in den Poren des Sozialismus und erst recht der Übergangsgesellschaft (Diktatur des Proletariats) Elemente der kapitalistischen Produktionsweise (eine Zeitlang) existieren.

Das revolutionäre Klassenbewusstsein ist also die ausschlaggebende „Produktivkraft“ ab der Machtergreifung. Dieses Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus von Geschichte, die Dialektik von Subjekt- und Objekthaftigkeit ihrer Entwicklung kommt in Trotzki's Artikel zur Geltung, indem er die subjektiven wie objektiven Momente in der Genese des Stalinismus analysiert. Es wird klar, wieso Abweichungen von der Norm der ArbeiterInnen-demokratie erfolgen mussten, aber auch, dass genau untersucht werden muss, welche Fehler die Bolschewiki gemacht haben mögen, ohne sie zur Tugend zu erklären. Andernfalls gerät man leicht ins Fahrwasser des Stalinismus, der wie sein Zwilling, die Sozialdemokratie, Geschichtsergebnisse immer apologetisch rechtfertigen muss, nach dem Motto: Es konnte nur so kommen und darum ist es auch gut so.

Bürgerkrieg und Kriegs„kommunismus“

Um die Parteienverbote sowie Ereignisse in der Ukraine und in Kronstadt im Zusammenhang zu begreifen, sollen zuvor die allgemeinen politischen und ökonomischen Entwicklungen der Russischen Revolution nach 1917 dargestellt werden. (8)

„Dies ist auch die erste prinzipielle Differenz zur anarchistischen Strömung, deren Stellungnahmen stets im Großen und Ganzen den allgemeinen Zusammenhang der Lage negieren. Die verschiedenen Positionen der Anarchisten zu den Etappen der Russischen Revolution sind ein guter Beweis dafür. Im Juli 1917 wollten sie die Demonstrationen der Petrograder Arbeiter bis zum Sturz der Regierung weitertreiben. Sie bezeichneten die Julitage als ‚fehlgeschlagenen Aufstand‘ und bezichtigten die Bolschewiki des Verrats. Die bolschewistischen Führer hätten nur ‚inoffiziell‘ an ihnen teilgenommen(...)In Wirklichkeit besaßen die Bolschewiki die Führung der Demonstration, sie verlief unter ihren Losungen(...)Lenins Partei ‚bremste‘ die Empörung der Arbeiter und leitete sie in eine machtvolle Demonstration über und bewusst nicht zum Aufstand, weil sie die Isoliertheit Petrograds von den ‚schweren Reserven‘ der Bauern und der Masse der Soldaten sah. Der Konterrevolution wäre es sonst ein Leichtes gewesen, genügend Truppen gegen die Hauptstadt zu werfen. Die Bolschewiki vermieden so eine schwere, tiefe Niederlage der Petrograder Avantgarde, die Anarchisten hätten sie hineingehetzt, wären sie nicht bloß einige Wenige in den Sowjets gewesen(...)Der Sieg über Kornilow im August 1917 ging nach Meinung der Anarchisten auf ihr Konto. Warum jedoch die Massen der Arbeiter und Soldaten in dieser Zeit von den Menschewiki und Sozialrevolutionären zu den Bolschewiki überwechselten, können sie indes nicht erklären. Und schließlich die Oktoberrevolution selbst. Nach anarchistischer Auffassung hatte die ‚bolschewistische Regierung (...) nur noch die vollendeten Tatsachen zu sanktionieren.‘ (Volin...) Es stimmt, die Sowjets, Fabrikkomitees und die Aufteilung des Landes waren keine direkte ‚Schöpfung‘ der Bolschewiki gewesen. Sie waren größtenteils ohne Zutun der KPR entstanden. Zum Machtorgan, das die Bourgeoisie stürzte und nicht mit ihr kooperierte, wurden die Sowjets erst durch die revolutionäre Politik der Bolschewiki, nur sie sanktionierten die Aufteilung des Landes – und nur sie waren dazu auch in der Lage. ‚Die Bolschewiki...führten einen rein politischen Akt durch, indem sie die Macht übernahmen, die im Zuge dieser Volksrevolution ohnehin stürzen musste. Durch ihren politischen Handstreich brachten die Bolschewiki die wirkliche Revolution zum Stillstand und führten sie auf eine falsche Bahn.‘ (Volin...)“ (9)

Diese Perle eines Widerspruchs in sich im letzten Volin-Zitat verdeutlicht ein zweites Merkmal in der anarchistischen Argumentationskette neben der Ignoranz der übergreifenden Lage: ihren Euphorismus gegenüber den Massen.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution war der KPR(B) an der Regierung bewusst, dass in Russland eine Reihe wichtiger Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus fehlten: Die Industrie und Landwirtschaft waren traditionell rückständig und durch den Krieg sowie die Landaufteilung schwer beeinträchtigt bzw. in der Produktivität zurückgeworfen, Russland vom Weltmarkt isoliert usw. Die industrielle Krise und der Niedergang der Agrarproduktion sollten durch die Verschmelzung der Banken zu einer Nationalbank unter Kontrolle der Sowjets, durch die ArbeiterInnenkontrolle über die Industrie angegangen werden.

„Noch im Jahre 1917 hatten die Arbeiter in den meisten Betrieben selbsttätig die Leitung der Produktion übernommen, ohne sie jedoch im nationalen Maßstab zu koordinieren. Die Fabrikkomitees walteten und schalteten zumeist in ihrem Bereich isoliert und produzierten mit den ohnehin geringen Mitteln nur für den regionalen Bedarf. Die Produktionskräfte wurden keineswegs optimal eingesetzt, und das Elend der Städte führte oft genug dazu, dass die Arbeiter durch die ‚Aneignung‘ von Produkten und Werkzeugen versuchten, ihre persönliche Not zu lindern.

Viele kapitalistische Eigentümer, die 1917/18 noch nicht ausgeschaltet waren, begannen gemeinsam mit dem technischen Personal, ihre ihnen noch verbliebenen Positionen auszunutzen und die Wirtschaft zu sabotieren.“ (10)

1918 spitzte sich der Konflikt mit dem deutschen Imperialismus zu. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk besetzten die Deutschen große Teile der Ukraine, darunter Kiew, marschierten in Richtung Donezbecken, erreichten den Don, die Nordküste des Schwarzen Meeres, Odessa, den Nordkaukasus und die südliche Wolgaregion. Petrograd wurde von ihren Luftschiffen bombardiert. Das Losschlagen der „Tschechischen Legion“ verschärfte die Lage und gab das Signal für einen Bürgerkrieg, der bis 1920 dauern sollte. Die schlecht ausgerüsteten Anfänge der Roten Armee führte zu stetigem Rückzug. Im Sommer 1918, einem der kritischsten Zeitpunkte im Bürgerkrieg, waren die meisten Nahrungsmittel produzierenden Gebiete verloren oder vom zentralrussischen Sowjetgebiet abgeschnitten. Die meisten Grenzgebiete standen unter der Besatzung der Weißen, der Deutschen oder Türken; die alliierte Invasion setzte ein.

„Die Heranschaffung von Nahrung wurde zu einer Überlebensfrage für die Arbeiter in den Städten und – für die Revolution! Reiche und mittlere Bauern hielten ihren Getreideüberschuß bewußt zurück, um vom Hunger der Städte zu profitieren. Sie stellten eine einflußreiche Minderheit dar, die zudem fürchtete, dass sich die Sowjetmacht nicht halten würde und sie nach dem Sieg der Weißen mit leeren Taschen dastünden. Mit den Werten aus der Aufteilung des Großgrundbesitzes bauten sich unzählige bäuerliche Elemente einen Schmuggelhandel für die Schwarzmärkte in den darbenenden Städten auf(...)Daraufhin verboten die Bolschewiki den Privathandel und griffen zum Mittel der Requisition bei den reichen und mittleren Bauern.“ (11)

Die Bolschewiki begannen „Komitees der Dorfarmut“ für diesen Zweck zu organisieren, trieben die Klassenspaltung auf dem Dorf voran und verbündeten sich mit ihnen. Geographisch funktionierte das Bündnis zwischen Stadt- und Landproletariat sowie der halbproletarischen Dorfarmut in den getreidearmen Provinzen des Nordens und des Zentrums, im Moskauer Gebiet, den nördlichen Dwina- und oberen Wolgaregionen.

Anfang 1918 revidierte die bolschewistische Parteiführung das Konzept der ArbeiterInnenkontrolle und zentralisierte die Industrieproduktion. Lenin befürwortete ab März 1918 eine Stärkung der Betriebsleiter und eine straffe Arbeitsdisziplin, u. a. auch die Einführung und Verbreitung des Taylor'schen Akkordsystems. Der im Dezember 1918 gebildete Oberste Volkswirtschaftsrat sollte autonom handeln können, ohne zu sehr von den ArbeiterInnenkontrollorganen abhängig zu sein.

Diese als Kriegskommunismus bezeichnete Politik brachte die begüterte Bauern- und Bäuerinnenschaft, aber auch oft genug die kleinen LandwirtInnen und die noch in Verbindung mit dem Dorf stehenden proletarischen Schichten mit der Sowjetregierung in Konflikt. Aber auch in der Stadt stießen die Bolschewiki mit jenen, oft aristokratischen, ArbeiterInnenschichten zusammen, die sich nicht der zentralen Wirtschaftsführung und der strengen Arbeitsdisziplin beugen wollten. Die anhaltende Lebensmittelkrise trug zusätzlich den Unmut oft genug in die Kernschichten des Proletariats hinein. Zusätzlich war die bolschewistische Position in den Fabriken durch den Aderlass von Hunderttausenden aus der ArbeiterInnenvorhut geschwächt, die in Partei, Staatsapparat und Roter Armee „verschwanden“. Die Rekrutierungen für die aufzubauende Rote Armee litten unmittelbar unter diesen regierungsfeindlichen Stimmungen in ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenschaft.

„Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre lehnten schon kurz nach der Oktoberrevolution den Sowjetkongreß als einzige legale Macht ab. Am 3. November 1917 brachen sie die Verhandlungen mit den Bolschewiki ab, um gegen die Verhaftungen von Kadettenpolitikern zu protestieren. Man hatte außerdem einige der bürgerlichen Zeitungen verboten, die offen zum bewaffneten Aufstand

aufgerufen hatten. Nachdem Kadetten und rechte Sozialrevolutionäre Ende November einen Putschversuch unternahmen, wurden zuerst die Kadetten illegalisiert, nicht aber der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre. Den letzten Schritt ins Lager der Weißen setzten die Reformisten schließlich im September 1918, als sie in Samara unter dem ‚Schutze‘ der Tschechen und des weißen Generals Koltschak eine ‚demokratische‘ Gegenregierung bildeten.

Ihre soziale Basis waren die Kulaken, von denen sie die Hauptparole von der ‚Freiheit des Getreidehandels‘ unter Ausschaltung der Sowjets übernahmen.“ (12)

Die mittlere LandwirtInnenschicht schwankte zwischen Kulaken und Sowjetmacht und orientierte sich zumeist an den Erfolgen der widerstreitenden Armeen. Dem entsprach die Politik der linken SozialrevolutionärInnen und die mit ihnen in der Frage des Kampfs gegen die Komitees der Dorfarmut und gegen die Requisitionen konformen AnarchistInnen.

„Welche Positionen und Alternativen haben nun die Anarchisten im Sommer 1918 und später anzubieten? Im Kriegskommunismus erblickten sie die bolschewistische Gewalt um der Gewalt willen(...)Hier kommt haargenau die Stellung des bäuerlichen Elements zum Ausdruck, das zwischen Revolution und Konterrevolution zerrieben wird(...)Genau wie die zaristische Regierung und das Regime Kerenskis für ihn die Unterdrückung selbst gewesen waren, weil damals die Last des Gutsherren auf ihm lastete und man ihn gegen den äußeren Feind an die Front schickte, so sah er nun in der Sowjetmacht ein bloßes Gegenstück zu jenen vormaligen Regierungsformen, weil sie ihm, nachdem er endlich das Land in seine Hand bekommen hatte, nicht gestatten wollte, seine Erträge nach freiem Belieben zu verkaufen‘.

Zur obigen Ignoranz der proletarischen Gesamtinteressen kommt nun noch die Realitätsferne angesichts der Krisensituation von 1918, die selbstverständlich ebenso eine soziale Zerrüttung bedeutete. Die Anarchisten prangern die Korruption und Gewalttätigkeit der Rotgardisten und ihrer Kommandanten an, die ohne Zweifel massenweise vorhanden war(...)Ein Teil von ihnen propagierte offen den ‚freien Handel‘(...)Die ‚Massen‘ sollten in den ‚freien Kommunen‘ und den ‚parteilosen Sowjets‘ selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen wollten(...)Die ‚Linken‘ sprachen 1918 allerdings nur mehr für einen Teil des Dorfes, dessen Gesamtheit in einer ‚Bauernkommune‘ zusammenzufassen wollen, ein Unding war. In der Südukraine sollte sich bald zeigen, dass solche Projekte nur im kleinbäuerlichen Milieu über eine gewisse Zeit lang möglich sind, sie aber auf sich alleine gestellt, abgesehen von den gigantischen Belastungen durch den Krieg, auf längere Sicht nicht bestehen können. Das ist aber auch ein Grundproblem solcher bäuerlicher Bewegungen, die eine Zeit lang imstande sind, selbständig zu agieren. Die Arbeiterklasse ist bestrebt, die Probleme der Wirtschaft im nationalen Maßstab zu lösen. Ihre Stellung in der industriellen Produktion lässt gar keine andere Erkenntnis zu. Der Bauer hingegen geht die Fragen im lokalen Rahmen an und verhält sich in der Hauptsache der Zentralisierung feindlich gegenüber. Ein Fortschritt ist gerade für den Kleinbauern nur auf zwei Arten möglich. Zum einen, wenn er sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellt. Das ist die progressive Perspektive für das ländliche Kleinbürgertum. Indem das siegreiche Proletariat den Bauern wirtschaftlich unterstützt, vermag er die Rückständigkeit seiner zersplitterten Produktionsweise und die Vorteile einer planvollen, zentralisierten Landwirtschaft zu erkennen und sich zum sozialistischen Standpunkt aufschwingen. Aber das dauert Jahre, Jahrzehnte, benötigt Zeit und Gelegenheit, die im nachrevolutionären Rußland nicht gegeben war. Zum anderen hat der kleine Bauer das elementare Interesse aller Kleinbürger, in der Klassenhierarchie emporzukommen. In Rußland hatten sie die Aufteilung des Großgrundbesitzes weidlich dafür ausgenützt, und der Zusammenschluß in Kommunen war oft Ausdruck ihres Interesses, eine Stufe höher zu steigen und selber Kulak zu werden. Umgekehrt, wenn dies nicht gelingt, wächst das Abhängigkeitsverhältnis zum reichen Bauern wieder an, steigt die Schuldenlast usw., das kulakische Element beginnt wieder zu dominieren.

Auf die Klassenspaltung in der Bauernschaft wußten die ‚Linken‘ [die linken Sozialrevolutionäre erhielten 50 % der Delegiertensitze in der Landkommission; d. Red.] nichts zu antworten. In der Frage der Organisierung der Industrie traten sie für die Aufrechterhaltung der Zersplitterung ein, in der Landkommission propagierten sie eben die ‚Bauernkommunen‘ und sprachen sich gegen die Errichtung von Musterfarmen aus.“ (13)

Das Parteienverbot

Im Gegensatz zur Meinung vieler Libertärer, AnarchistInnen, Ultralinken und Liberalen entsprach das Einparteiensystem keineswegs der bolschewistischen Konzeption von Sowjetdemokratie. Das Vorgehen der bolschewistischen Führung gegen diese war zudem uneinheitlich – je nach Lage der Sowjetrepublik und Verhalten anderer Strömungen ihr gegenüber. Selbst im Bürgerkrieg wurde diesen eine legale, wenn auch unsichere Existenz und Teilnahme an den Rätewahlen zugestanden. (14)

1.) Vergessen wird von den GegnerInnen des Bolschewismus allzu oft die Repression, die die bolschewistische Partei vor dem Oktoberumsturz selbst erlitten hat, z. B. durch die Kerenski-Regierung nach den Julitagen.

2.) Die offen bürgerliche Partei der Kadetten (Abkürzung für Konstitutionelle Demokraten) wurde am 1. Dezember 1917 verboten, doch ihre Zeitungen erschienen weiter bis zum Sommer 1918. Diese Partei spiegelte für die Bolschewiki klar die Interessen der gestürzten Kapitalistenklasse wider. Das galt nicht für die anderen Räteparteien, deren Existenzberechtigung nicht angezweifelt wurde und gegen die man sich friedlich innerhalb der Sowjets durchsetzen wollte. Der Umgang änderte sich zum Teil im Zuge der Bürgerkriegsauseinandersetzungen, ohne als dauerhaft eingeschätzt zu werden.

3.) Aufgrund der unterschiedlichen Tendenzen, die sich auf diese Sammelbezeichnung stellen, war das bolschewistische Vorgehen sehr verschieden. Ein Großteil der AnarchistInnen unterstützte die Oktoberinsurrektion, einige traten sogar der KPR (B) bei. Vor dem Hintergrund von Hunger und Bürgerkrieg fand die oft subjektiv ehrliche Agitation der Libertären jedoch manches Echo unter rückständigen Schichten. Nach anfänglicher Zusammenarbeit gegen die Weißen, die liberale bis monarchistische in- und ausländische Konterrevolution, schwenkten die Bolschewiki auf eine repressive Linie um. Neben der gefährdeten Lage der jungen Republik trug auch das Vorgehen der AnarchistInnen selbst dazu bei: Sie beteiligten sich an terroristischen Aktivitäten und verboten in ihren zeitweiligen Hoheitsgebieten oft alle Parteien einschließlich der KPR (B). Selbst der Antikommunist Leonard Schapiro gestand ein, dass bis zum Frühjahr 1921 wenigstens einige anarchistische Gruppen vollständige Meinungsfreiheit genossen, obwohl einzelne Publikationen häufig nicht zugelassen waren. Zudem seien sie bis dahin niemals per Dekret für illegal erklärt worden. („The Origin of the Communist Autocracy“)

4.) Die Rechten SozialrevolutionärInnen (SR) stützten sich auf die reichere Bauernschaft. Sie versuchten den bewaffneten Umsturz, z. B. gemeinsam mit den MonarchistInnen bei der Revolte der Offiziersschüler am 29. Oktober in Petrograd. Als PionierInnen der Konterrevolution kämpften sie im Bürgerkrieg auf Seiten der Weißen und nahmen an allen Gegenregierungen in Russland teil. Ihre antibolschewistische Politik ließ sie das Ziel einer Allparteienvolksfront einschließlich zaristischer Offiziere verfolgen. Im September 1918 trafen sich 150 Delegierte, darunter zur Hälfte rechte SR, die Menschewiki (obwohl diese Delegierten nicht den offiziellen Segen ihrer Partei genossen), Plechanows Edinstwo-Gruppierung, die KadettInnen und diverse antikommunistische Gegenregierungen aus den Grenzregionen in Ufa zwecks Bildung einer „Allrussischen Provisorischen Regierung“. Diese kadettisch-sozialrevolutionäre Regierung hielt nur ein paar Wochen, bis ihr Verbündeter, Admiral Koltschak, sie auseinander trieb. Im Juni 1918 wurde ihr

Ausschluss aus den Sowjets beschlossen.

5.) Im Unterschied zu den rechten arbeiteten die linken SR anfänglich mit der KP zusammen, ja traten am 12. Dezember 1917 sogar in eine Koalitionsregierung mit ihnen ein. Aus Protest gegen den Friedensschluss von Brest-Litowsk verließen sie diese jedoch nach 3 Monaten, ohne die Zusammenarbeit in vielen Bereichen einzustellen, nachdem der Vertrag vom 4. Allrussischen Sowjetkongress angenommen worden war. Der endgültige Bruch kam mit der Ablieferungspflicht und Requirierung von Lebensmitteln durch ArbeiterInnenabteilungen auf den Dörfern. Die linken SR stützten sich auf die Kleinbauern-/bäuerinnenschaft, die Bolschewiki auf die städtische ArbeiterInnenklasse, das Landproletariat und die Dorfarmut. Linke SR ermordeten auch im Juli 1918 den deutschen Botschafter und erklärten sich mit Hilfe der anfänglich unter ihrer Kontrolle stehenden Tscheka (Außerordentliche Kommission für die Unterdrückung der Konterrevolution) zur einzigen Regierungspartei. Trotz dieses von den Massen nicht befolgten Aufstandsversuchs - der Terror der linken SR führte zum Attentat auf Lenin und tötete Wolodarski und Uritzki - wurde diese Partei nicht illegalisiert, sondern nur ihre Presse verboten. Ihre Delegierten wurden zunächst aus den Räten ausgeschlossen wie zuvor rechte SR und Menschewiki. Doch konnten diejenigen, die sich von den Ermordungen und der von ihrer Parteiführung angezettelten terroristischen Revolte distanzieren, wieder ihr Mandat ausüben. Die KPR (B) gewann viele ihrer einfachen Mitglieder, die sich mit den vorangegangenen neuen Aktionen ihres Parteivorstands nicht einverstanden erklärt hatten.

6.) Im Bürgerkrieg bezogen die Menschewiki mehrheitlich eine „neutrale“ Position, der rechte Flügel um Lieber beteiligte sich jedoch am bewaffneten Kampf gegen die Regierung, ohne dass daran beteiligte Mitglieder vom menschewistischen Zentralkomitee konsequent ausgeschlossen wurden. Die Regierung betrachtete Neutralität im Bürgerkrieg, in dem sich zwei Klassen mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln bekämpfen, als eine Unmöglichkeit. Wenn es darauf ankam, stellte sich die Mehrheitsposition der Menschewiki allerdings auch als nicht ganz so „neutral“ heraus, z. B. im Umgang mit der tschechoslowakischen Legion an der Westfront. Im Juni 1918 wurden sie gemeinsam mit den rechten SR aus den Sowjets ausgeschlossen, doch Ende 1918 nach einer angedeuteten Anerkennung der Rätewacht wieder zugelassen und im Großen und Ganzen während des Bürgerkriegs toleriert. Mit der allgemeinen politischen Krise unmittelbar nach Ende des Bürgerkriegs und der Isolation der Bolschewiki setzte die Repression gegen die MenschewistInnen wieder ein, die eine Rolle bei der Organisation von Streiks für Partikularinteressen einzelner ArbeiterInnen gegen die Sowjetmacht spielten.

Das Dilemma des offiziellen „Neutralitäts“konzepts der MenschewistInnen lag darin, dass gemäß ihrem Etappenmodell nach dem Zarensturz das Bürgertum mit seiner Herrschaft geschichtlich an der Reihe sein sollte. Dieses führte aber auf Seiten der Weißgardisten gewissermaßen einen Bürgerkrieg - für das menschewistische Programm! Daher, von ihrem Etappenkonzept aus neigten die Menschewiki im Konfliktfall oft zur Seite der Weißen. Die offizielle Position, die Sowjetregierung nicht mittels Waffengebrauch zu stürzen zu versuchen, hatte also von vornherein eine Schlagseite, wie sich an der menschewistischen Regierung in Georgien unter Noe Schordania zeigen sollte.

Die georgische Republik kollaborierte zunächst mit der deutschen Reichswehr, die 1918 den Kaukasus besetzte. Nach deren Rückzug und dem ihrer türkischen Alliierten bildeten die Menschewiki im Februar 1919 eine neue Regierung. Diese „DemokratInnen“ und „SozialistInnen“ verboten die Kommunistische Partei und unterdrückten die nationalen Minderheiten, an denen die Kaukasusregion weder damals wie heute arm war/ist. Im Mai besetzte der weißgardistische General Denikin auch Georgien; die Menschewiki leisteten einem Angebot der russischen Sowjetregierung zur Zusammenarbeit gegen ihn nicht Folge. Als schließlich die Truppen des konterrevolutionären Generals Wrangel auf der Krim festsaßen, assistierten ihm die Menschewiki mit Transport von Truppen und Kriegsmaterial.

Fazit: Die Parteienverbote waren in aller Regel nicht gleichbedeutend mit einer Außerkraftsetzung von Meinungsfreiheit; in Schriften, Büchern und Broschüren konnten die BolschewistInnen offen kritisiert werden. Natürlich wäre es kindisch zu behaupten, jede einzelne Unterdrückungsmaßnahme durch die regierende KPR (B) sei gerechtfertigt gewesen und habe im Einklang gestanden mit ihrem Anliegen, zwischen den verschiedenen Strömungen des Populismus, Reformismus und Anarchismus und innerhalb derer zu differenzieren. Ein verzweifelter Überlebenskampf wie der russische Bürgerkrieg ist kein idealer Schauplatz für wohldurchdachte juristische Unvoreingenommenheit.

In einem stabilen ArbeiterInnenstaat befürworteten LeninistInnen demokratische Freiheiten für alle Tendenzen, die nicht den gewaltsamen Umsturz der Diktatur des Proletariats anstreben, einschließlich der Möglichkeit für die KommunistInnen bei Sowjetwahlen bzw. -abstimmungen in der Minderheit zu bleiben. (Vgl. Sinowjews Rede auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongress 1920) Doch die RSFSR von 1918-1922 war alles andere als eine stabile ArbeiterInnendiktatur und -demokratie. Eine Mehrheit für anarchistische, populistische und sozialdemokratische, geschweige offen bürgerliche, Kräfte hätte bedeutet, den Sieg der weißgardistischen Konterrevolution gemeinsam (!) im Grab oder Konzentrationslager zu feiern.

Treffend fasst dieses Dilemma folgende Stellungnahme von 1920 zusammen: In einem Klassenkampf, der das Stadium eines Bürgerkrieges angenommen habe, möge es Zeiten geben, wo die Vorhut der revolutionären Klasse, die die historischen Interessen der breiten Massen verfolgt, ihnen aber im Bewusstsein noch voraus ist, gezwungen sein könne, die Staatsmacht mittels der Diktatur der revolutionären Minderheit (!) auszuüben. Dieses Statement stammt von Julius Martow, einem des Probolschewismus' unverdächtigen Zeugen!

Die KPR (B) und die Machno-Bewegung

Im November 1917 kam in der Ukraine eine bürgerlich-parlamentarische Republik zum Zuge. In der Rada hatten Parteien die Mehrheit, die sich auf die nationalistische Intelligenz und die Bauern-/Bäuerinnenschaft stützten. Dass es dem Sowjetsystem nicht gelang, sich durchzusetzen, lag zum einen am sehr schwachen Proletariat, das auf wenige Zentren des Nordens konzentriert war, zum anderen am, im Vergleich mit Russland, höheren Bevölkerungsanteil der begüterten Agrarier. Die Rada unter Petljura kollaborierte zuerst mit der französischen Militärmission, die von ihr die Fortsetzung des Kriegs gegen Deutschland forderte, dann mit den Weißen um General Michail Wassiljewitsch Alexejew am Don. Schließlich trat sie im Januar 1918 in Separatverhandlungen mit den deutschen Militärs ein.

Die Bolschewiki hatten das nationale Selbstbestimmungsrecht der Ukraine anerkannt, die Rada stellte eine eigene Delegation bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. Die Gefahr eines sich abzeichnenden Separatfriedens zwischen der Ukraine und dem deutsch-österreichischen Imperialismus sowie das brutale Vorgehen der Rada gegen das sich in der Nordukraine rasch ausbreitende Sowjetsystem bildete den Hintergrund für wiederholte Verletzungen des nationalen Selbstbestimmungsrechts in der Folge durch die Rote Armee. Ihre militärischen Erfolge an der Donfront und im Südwesten führten zur Eroberung Kiews im Februar 1918 und zur Ausrufung einer Räterepublik am Don. Das Benehmen der Roten Garden in Kiew, Plünderungen, Verhaftungen und Erschießungen ukrainisch redender Einheimischer durch zumeist aus dem fernen Osten stammende Rotarmisten, beeinflusste das Verhältnis der ukrainischen Dorfbevölkerung, aber auch von ArbeiterInnenschichten zur sowjetischen Zentralmacht lange und tiefgreifend sehr negativ.

Nach dem 18. Februar verschlechterte sich die Lage für die RSFSR. Lettland, Estland, die Ukraine und Finnland mussten aufgegeben werden. Dabei hatten die Bolschewiki durch Verzögerung der Friedensverhandlungen gehofft, günstigere Konditionen zu erlangen, als der deutsche Generalstab

bis dahin zu gewähren bereit war. Das Gegenteil war der Fall. Die Debatte um die Unterredungen in Brest-Litowsk hatten die KPR(B) vor die bis dahin größte Zerreißprobe ihrer Geschichte gestellt, bis knapp vor eine Parteispaltung geführt und in 3 Lager geteilt: Lenin trat bereits im Dezember 1917 für einen sofortigen Friedensschluss ein, Trotzki für Hinauszögern der Unterhandlungen, die Linke um Bucharin war für die Fortführung eines „revolutionären Kriegs“. Auch der Koalitionspartner, die linken SR, optierte für die Fortsetzung der Kriegshandlungen. Im März musste die bolschewistische Delegation das deutsche Ultimatum akzeptieren. Auf dem Notstandssowjetkongress am 6. März 1918 sagte Radek, die bolschewistische Politik in Brest-Litowsk sei eine des „revolutionären Realismus“ gewesen und kein Misserfolg.

„Es sei viel günstiger gewesen, dass die Sowjets erst nach der deutschen Invasion Frieden geschlossen haben und so den fortgeschrittenen Arbeitern der ganzen Welt demonstrieren konnten, dass sie dazu gezwungen wurden.“ (15)

Auf der Zentralsowjetexekutive am 24. Februar revidierten die linken SR ihren vorherigen Standpunkt, überhaupt nicht mit den Deutschen zu verhandeln, und verlangten gleich der bolschewistischen Linken den Rückzug der Sowjets ins Landesinnere, um sich für die „Rote Gegenoffensive“ zu sammeln. Nach ihrer Stimmniederlage traten sie aus dem Rat der Volkskommissare der Regierung, aus, hielten sich aber nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags an diesen Sowjetbeschluss, ohne den Vorwurf des Verrats an der Revolution aufzugeben.

Die AnarchistInnen aber ließen nicht locker. Die Aufstände in der Ukraine wurden von der deutschen Militärmaschine brutal unterdrückt, die Roten Garden standen jenseits der ukrainischen Grenzen. Die Deutschen setzten zuerst wieder auf die Karte der Rada, dann auf die feudale Reaktion in Gestalt der Marionettenmilitärdiktatur des Hetman Skoropadskij. Der Bolschewismus war durch Requisitionspolitik und das Verhalten der Eroberer von Kiew und der ersten Sowjetherrschaft Anfang Februar bei den dörflichen Massen ziemlich unten durch. Russische Partisanen anarchistischer und linkssozialrevolutionärer Färbung sickerten in die Ukraine ein, griffen die deutsche Armee an, was zuerst von den Bolschewiki zu unterbinden versucht wurde, um nicht gegen den Friedensvertrag zu verstoßen. Es entwickelte sich ein Kleinkrieg gegen die anarchistischen Provokationen, der erst nachließ, als sich die militärische Lage zuungunsten der deutschen Armee verschoben hatte. Im April kam der deutsche Botschafter nach Moskau, woraufhin die AnarchistInnen zum bewaffneten Widerstand und zu Anschlägen auf ausländische Delegierte aufriefen. Die Bolschewiki lösten die anarchistischen Klubs gewaltsam auf und verhafteten die anarchistischen FührerInnen für einige Zeit, von denen sich viele später den linken SR bzw. der Machno-Bewegung anschlossen. Im Sommer 1918 spitzte sich der Bürgerkrieg zu. Vor dem 5. Sowjetkongress verlangten die linken SR die Aufhebung des Vertrags von Brest-Litowsk und den „revolutionären Krieg“. Trotzki und Lenin wurden des Verrats bezichtigt, der revolutionäre Terror ausgerufen. Graf Mirbach wurde von zwei Mitgliedern der linken SR ermordet, ihr Putschversuch in Moskau scheiterte nach 2 Tagen. Die FührerInnen des Aufstandes wurden verhaftet, jedoch später begnadigt.

Erste militärische Erfolge für die Bolschewiki im Bürgerkrieg fielen mit einer Attentatsserie auf einige ihrer Führer zusammen. Im September griffen die Bolschewiki zum letzten Mittel, dem roten Terror: es wurden Geiseln genommen und die Tschecha beschränkte sich nicht mehr auf Verhaftungen. In den ersten 6 Monaten nach dem November 1917 waren nur 22 Todesurteile verhängt worden. Ihr Apparat wurde ausgebaut, manche Verhaftungen und Erschießungen erfolgten jetzt willkürlich und trafen viele Unschuldige. Der weiße Terror stand dem nicht nur in nichts nach, sondern ging dem roten voraus:

“Exzesse sind im russischen Bürgerkrieg auf beiden Seiten in einem unvorstellbaren Ausmaß

vorgekommen. Doch ein grundlegender Gedanke dabei müßte wohl sein, die verschiedenen politischen Inhalte beider Seiten voneinander zu unterscheiden(...)Wäre die Russische Revolution der Beginn einer europäischen Revolution gewesen, die jede ausländische Intervention und damit die weiße Gegenrevolution verunmöglicht oder zumindest gehemmt hätte, so wäre sie ohne Zweifel ein relativ unblutiges Ereignis geblieben, das sie im Oktober 1917 noch gewesen war.“ (16)

Die ukrainische Widerstandsbewegung gegen die deutschen Invasoren war im November 1918 angestiegen: In der Südukraine setzten Machnos Partisanen ihnen und den Weißen heftig zu, die Kampfhandlungen der Roten Armee im Nordkaukasus entlasteten ihn dabei. Sie konnten aber nicht in der gesamten Ukraine Fuß fassen, so dass Petljuras Truppen im Dezember 1918 als Befreier in Kiew einmarschierten, das sie Ende Dezember wieder räumen mussten, als die Rote Armee Charkow eroberte. Die Sowjetmacht kann sich über weite Teile der Ukraine ausbreiten, die 2. Ukrainische Räterepublik wird ausgerufen. Die Sowjetherrschaft kann sich besser verankern als im Sommer, weil nach den Erfahrungen mit Skoropadskyj und der ‚Selbstbestimmungs‘-Politik Petljuras jetzt auch die Landbevölkerung ihre schroffe Feindschaft ihr gegenüber abgelegt hat und die Industriezentren ihre feste Stütze bilden. Aber die notwendige Requisitionspolitik führte zu einem Stimmungsumschwung auf dem Dorfe und zur Demoralisierung roter Truppenteile. Die so deshalb nur oberflächlich bleibende Rätewacht wurde zusätzlich durch Differenzen in der Partei geschwächt. Die ukrainische KP konnte sich eine gewisse Selbstständigkeit bewahren. Hier dominierten die linken GegnerInnen des Friedensschlusses. Sie warnten zu Recht vor allzu harter Behandlung der ukrainischen Bauern-/Bäuerinnenschaft. Gegenüber den ungebundenen Partisanenabteilungen und Roten Garden übten sie aber ebenfalls Nachsicht. Dies lief Trotzki Plänen zuwider:

„Trotzki beginnt die Rote Armee in einheitlich gebildeten Divisionen und Regimentern zu organisieren und einem Oberbefehl zu unterstellen. Er strebt die Eingliederung der losen Partisanenabteilungen an. Als sich viele von ihnen nicht fügen wollen, verlangt er ihre Auflösung. Dieser grundlegende Konflikt kommt auch in der Ukraine und hier am bekanntesten in der Problematik der Machnoiade immer wieder hoch(...)wobei die Anarchisten selbstverständlich auf der Seite Machnos stehen. Ebenfalls in dieser Frage vertreten sie das Konzept der Zersplitterung. Die strategischen Schwierigkeiten im russischen Bürgerkrieg interessieren sie nicht, der gesamten weißen Bedrohung haben sie wieder einmal keinen erfolgversprechenden Gesamtplan entgegensetzen.“ (17)

Im Frühjahr 1919 wurde die desolante, halb verhungerte Rote Armee von Denikin aufgerieben. Das Zentralkomitee der KPU machte zerfahrene Versuche, hinter den weißen Linien eine Partisanenbewegung zu organisieren, bevor es aufgrund seines Widerstands gegen die Umstrukturierung der Roten Armee aufgelöst wurde. Die Machno-Bewegung kann sich jetzt stärken. Im März hatte es zwischen ihr und den Bolschewiki ein Abkommen gegeben, wonach sie innerorganisatorisch selbstständig bleiben, aber rote politische Kommissare aufnehmen müsste. Der Angriff Denikins beendete diese Phase gegenseitiger Loyalität. Gleichzeitig orientierte sich die Machnoiade politisch um. Eine große Zahl der aus dem Norden geflohenen Linken und AnarchistInnen gelangte in die Ukraine und nahm politischen Einfluss auf sie. Der Kongress der anarchistischen Gruppierung „Nabat“ [deutsch: Der Alarm; d. Red.] im April 1919 in Elisabethgrad [heute: Kropywnyzykj, bis 1924: Jelisawetgrad; d. Red.] formulierte seinen Hass auf die Sowjetmacht, die Machnoiade solle die Macht sein, die die Bolschewiki stürze.

Die Rote Armee kämpfte derweil um ihr Überleben, ihre ukrainischen Truppen hungerten und hatten kaum etwas zum Anziehen. Im Juni verbot ihr Armeekommando den 4. Anarchistenkongress. Die Konflikte mit Machno, der seit April eine Propagandakampagne gegen den Bolschewismus gestartet hatte, mehrten sich. Seine AnhängerInnen und die Rotarmisten beschuldigten sich gegenseitig, Denikin die Front geöffnet zu haben. Im Juli scheiterte ein Versuch der Roten Armee,

ihn von seinen Basen abzuschneiden. Gemeinsam mit den Don-Kosaken verbreitete dieser daraufhin den weißen Terror und die Herrschaft der Großgrundbesitzer in der Ukraine. Zurückgebliebene versprengte Rotarmisten schlossen sich der Machno-Guerilla an. Die Rote Armee trat im Oktober zur Offensive gegen die Hauptstreitmacht der Weißen vor Moskau an und drang wieder bis in die Ukraine vor, die Machno-Partisanen rückten bis zur nördlichen Südukraine vor.

Die zeitweise Stärke der Machno-Bewegung, die sich v. a. auf arme und mittlere LandwirtInnen stützte, erklärt sich aus ihren negativen Erfahrungen mit den deutschen Marionetten, den Weißen, der Rada, aber auch den Roten. In der ersten Zeit wandten sie sich gegen die Kulaken. Im Kampf gegen Rot und Weiß erlebte die Machnoiade ihren Niedergang. Es wuchs in ihr eine selbstherrliche Militärkaste heran, mit ihrem militärischen Niedergang erlangten die Kulaken immer mehr an Bedeutung. Kurzfristig vermochte sie „freie Kommunen“ zu schaffen und forderten „parteilose Sowjets“ mit der wichtigsten Konsequenz: Sowjets ohne Bolschewiki! Letztere wurden spätestens ab April 1919 von den Machno-Leuten brutal verfolgt. Dahinter steckt das kleinbäuerliche Element, von den Städten unabhängig zu sein und über die Ernte selbst zu bestimmen.

Trotz zeitweiliger Kontrolle über große Gebiete und Abwesenheit fremder Mächte waren sie nie in der Lage, die gesamte Ukraine zu kontrollieren. Ihre Nichteinmischung in die „Angelegenheiten der Bevölkerung“ vor Ort, ihre Beschränkung auf Beratung und die Forderung nach „freien Räten“ erleichterten dem kulakischen Element um Machno herum, ungeheuer selbstbewusst und bewaffnet aufzutreten, nach und nach die „parteilosen Sowjets“ durch hierarchische Unterdrückungsstrukturen („reduzierte Räte“) zu ersetzen. Die lose Organisiertheit der Machno-Verbände führte unter den elenden Bedingungen im spezifisch bäuerlichen Milieu zu allen negativen Begleiterscheinungen des Bandenunwesens und Machtmissbrauchs.

Die militärischen Erfolge Machnos 1919 wurden zu einem beträchtlichen Teil durch die Entlastungsoffensiven der Roten Armee im Norden ermöglicht. Seine militärische Unzuverlässigkeit zeigte er insbesondere im Konflikt mit regulären Truppen wie Denikins gepanzertem Heer. Vor und während des Sowjetisch-Polnischen Krieges ignorierte er trotz eines weiteren Abkommens zwischen ihm und dem Sowjetmilitär gegen den weißen General Wrangel eine Aufforderung, vor dem drohenden polnischen Angriff in Richtung der polnischen Grenze zu marschieren, und zwar mit dem Argument der Selbstständigkeit. Der Vorwurf von einigen Bolschewiki (z. B. Jakowlew), Machno habe Hand in Hand mit Wrangel agiert, wurde von Trotzki zwar im Oktober 1920 entkräftet. Im Interesse des Gesamtsiegs im russischen Bürgerkrieg stellte sich jedoch wieder die Frage nach Revolution oder Konterrevolution: „Wer nicht für die Sowjetmacht ist, ist gegen sie!“ Das objektive Verhalten der Machnoiade bestätigte leider erneut die Richtigkeit dieser Aussage. Nach der Niederlage Wrangels wurden die Machno-Abteilungen von Budjonnys Reiterarmee aufgerieben.

Soweit so gut – oder auch, je nach Sichtweise – so schlecht. Die in den Einleitungssätzen erwähnten weiteren umstrittenen Punkte zur Fragestellung, ob der Stalinismus ein legitimer Erbe des Bolschewismus sei, müssen einem weiteren Artikel vorbehalten bleiben.

Endnoten

(1) „Kommunismus oder Stalinismus? Drei Aufsätze von Leo Trotzki zur Klärung der Begriffe“, Berlin/W., 1971 [Verlag Die Vierte Internationale], S. 9-28

(2) ebd., S. 12

(3) ebd., S. 14

(4) ebd., S. 19 f.

(5) ebd., S. 21

(6) ebd., S. 22 f.

(7) Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution [1905], in: dies.: Schriften zur Spontaneität, Einbek, 1970 [Rowohlt], S. 58 f.; zitiert nach: Behruzi, Daniel: Die Sowjetunion 1917-1924, Köln, Dezember 2001 [isp], S. 38 f.

(8) Wir stützen uns hierbei auf den Aufsatz: e. p.: „Russische Revolution: Kronstadt und Machno-Bewegung - Bolschewismus oder „dritte Revolution“, in: Ergebnisse und Perspektiven, Theoretisches Organ von Spartacusbund [BRD], Internationale Kommunistische Liga [Österreich], Nr. 8, Frankfurt a. M./Wien, Mai 1979, S. 29 ff.

(9) ebd., S. 30 f. (Rechtschreibfehler stillschweigend korrigiert)

(10) ebd., S. 32

(11) ebd.

(12) ebd., S. 33

(13) ebd., S. 34 f.

(14) Vgl. dazu im Folgenden: Behruzi, Daniel: Die Sowjetunion 1917-1924, a. a. O., S. 116-123; Klein, Wolfram: Die Russische Revolution 1917, Köln, 2000 [Hrg.: Voran zur Sozialistischen Demokratie e. V.], S. 67-70; Kronstadt and Counterrevolution, Part 2 of 2, Workers Vanguard, 28. April 1978 [Spartacist League/USA]

(15) e.p.: Russische Revolution, a. a. O., S. 37

(16) ebd., S. 39

(17) ebd., S 40